



POLIZEIZULAGE

Wir fordern: Erhöhung der Polizeizulage

Seit Jahren nehmen Gewalt und Aggressionen gegenüber Polizeibeamt:innen stetig zu. Die Polizei muss diesen Widrigkeiten immer mit einem sicheren, konsequenten und vor allem sofortigen Handeln entgegenstehen. Gerade Letzteres ist der große Unterschied zwischen der Polizei und großen Teilen der öffentlichen Verwaltung. Und dies bei Tag, in der Nacht, an Sonn- und Feiertagen, kurz 24/7.

Nun sollte man davon ausgehen, dass sich die Polizeizulage wegen dieser gestiegenen Belastungen und Abforderungen in der Vergangenheit erhöht hat, um eben diesen Umständen gerecht zu werden. Ganz das Gegenteil ist der Fall, die Polizeizulage wurde regelrecht entwertet.

Entwicklung

Im Jahr 1998 wurde die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage gestrichen. Ein Jahr später wurde zudem beschlossen, die Polizeizulage nicht mehr dynamisch auszugestalten. Sie stieg also nicht mehr bei linearen Gehaltserhöhungen. Nach Inkrafttreten der Föderalismusreform im Jahr 2006 waren

die Länder nun selbst für die Besoldung ihrer Beamtinnen und Beamten zuständig. Es kam in einigen Ländern auch zu positiven Entwicklungen. Wie es geht, zeigen Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Bayern. Dort führte man die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage wieder ein. Auch haben Sachsen, Bayern, andere Länder und vor allem der Bund die Polizeizulage zwischenzeitlich deutlich erhöht. So erhalten Bundespolizeibeamt:innen ab dem 1. Dezember 2022 eine monatliche Polizeizulage in Höhe von 228 €, zuvor waren es schon 190 € monatlich. Das sind fast 100 € mehr als die in Rheinland-Pfalz derzeit gewährten 132,69 €. Und zuletzt wurde den Bundespolizeibeamt:innen auch die Ruhegehaltsfähigkeit zugesagt.



Mit dabei vor dem Tor der Staatskanzlei Christoph Hanschke (in Uniform) und Ingo Volp (mitte).

Unsere Forderung

Die GdP Rheinland-Pfalz fordert bereits seit Jahren konsequent eine deutliche Erhöhung der Polizeizulage von 132,69 € auf 200 € und die Wiederherstellung deren Ruhegehaltsfähigkeit.

» Marco Christen, Vorsitzender Fachausschuss Beamten- und Besoldungsrecht

Wertschätzung sieht anders aus, wir fordern eine deutliche Erhöhung der Polizeizulage und deren Ruhegehaltsfähigkeit

Aktion Antreten

Gemeinsam mit den Kolleg:innen unserer Schwestergewerkschaft Verdi (Feuerwehr und Justiz fordern ebenfalls die Erhöhung ihrer Zulagen) haben wir uns coronakonform allmontags morgens um 7.30 Uhr vor der Staatskanzlei eingefunden, um für die Forderungen zu kämpfen. Dort haben wir niemanden aus der Politik angetroffen. Neue Vorsätze hat auch die Politik für sich bereits vor dem Jahreswechsel umgesetzt. Jedes Jahr zum 1. Januar erfolgt eine Prüfung der Einkommensentwicklung und Anpassung an die Diäten. Die Polizeizulage wurde zuletzt vor fast einem Vierteljahrhundert erhöht, wer da noch denkt, dass Rheinland-Pfalz konkurrenzfähig ist mit anderen Bundesländern und dem Bund, täuscht sich. ■



Belastungen auch finanziell ausgleichen, Kolleg:innen von Feuerwehr und Polizei treten für eine höhere Zulage ein.



LIEGENSCHAFT PI BAD NEUENAHR-AHRWEILER

„Unbewohnbar“ nach der Flut – und jetzt? Wie geht es weiter mit der PI Bad Neuenahr-Ahrweiler?

Das Dienstgebäude der PI Bad Neuenahr-Ahrweiler liegt schräg gegenüber dem Bahnhof. Ahrweiler ist ein eher idyllischer, aufgeräumter Ort bzw. er war es. Zuständig für knapp 50.000 Bewohner und einer Fläche von 193 Quadratkilometern sind hier insgesamt 56 Kolleg:innen zuständig. Durch die Flut am 14. und 15. Juli 2021 wurde die Dienststelle aber überflutet und stark in Mitleidenschaft gezogen. Zusammen mit dem Dienststellenleiter EPHK Joachim Pinger und dem stellvertretenden PI-Leiter EPHK Frank Hitzelberger habe ich mir ein Bild vor Ort verschafft.

» Pascal Rowald, Kreisgruppenvorsitzender

Wir machen uns für einen baldigen Wiedereinzug stark, das ist nicht einfach, aber Hoffnung haben wir hier!

Der Keller stand voll Wasser

Deren Schilderungen nach gaben binnen Sekunden die Fenster im Kellergeschoss dem Druck des heranströmenden Wassers



Die Wasserflecken zeigen, dass das Wasser bis press unter der Decke im Erdgeschoss stand.

von außen nach und das Kellergeschoss lief voll. In diesem Keller der PI Bad Neuenahr-Ahrweiler befinden sich die Gewahrsamszellen, die Umkleieräume mit Duschen sowie einige Versorgungsräume und der Serverraum. Zum Glück befand sich niemand in Gewahrsam, verbogene Türen lassen darauf schließen, dass eine Rettung unmöglich gewesen wäre.

Erste Abrissarbeiten

Mittlerweile wurde der Estrich in allen Kellerräumen und dem Flur entfernt und die Kacheln an den Wänden sowie die Fliesen auf den Böden abgeschlagen. Durch eine Bautür gelangt man in den Kellerbereich, durch gute Trocknung ist das Klima hier akzeptabel. Es ist trocken und riecht kaum muffig. Das war noch anders, als ich mich hier zum ersten Mal umgesehen habe, ca. zehn Tage nach der Flut.

Geht man aber ein paar Schritte weiter in den benachbarten Keller des Gesundheitsamtes, fängt es schon wieder an zu „müffeln“, der typische Geruch der betroffenen Gebäude steigt in die Nase, die Kellerräumlichkeiten des im gleichen Gebäude untergebrachten Gesundheitsamtes wurden nicht völlig entkernt, hier liegt der Estrich noch. Und es wird hier auch in den Büros im Erdgeschoss und 1. Obergeschoss gearbeitet. Das kam für die Kolleg:innen der Polizeiinspektion zum Glück nicht in Frage.

Übergangslösung BABZ

Es war schnell klar, dass das Gebäude so nicht mehr zu nutzen ist, alle Stromkabel lagen im Wasser, die EDV und die Telefonanlage dadurch lahmgelegt, das Kellergeschoss nicht mehr nutzbar und zuletzt alles voller Dreck. Auf Druck der Dienststellenleitung wurde zeitnah nach einer Ausweich-



Fotos: Stefanie Loh

Auf die Ferne ist wenig von den Beschädigungen zu erkennen, in der Liegenschaft Max-Planck-Straße 2 in Bad Neuenahr-Ahrweiler sind die Polizeiinspektion und das Gesundheitsamt des Kreises Ahrweiler untergebracht.

möglichkeit gesucht. Alle Beteiligten haben entschlossen daran mitgewirkt, diese auch zu finden und so konnte zum Glück schnell eine Übergangslösung in der Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung etwas außerhalb von Bad Neuenahr-Ahrweiler gefunden werden (BABZ), früher bekannt als Katastrophenschutzschule und manch einem bekannt durch Lehrgänge dort. Hier sind zwar der Tagdienst und der Wechselschichtdienst einen kurzen Fußweg auseinander untergebracht, aber es gibt keine Beschädigungen durch die Flut, die Liegenschaft liegt leicht erhöht über dem Tal.

Die Abgelegenheit hat ihre Nachteile, es dauert immer ein paar Minuten bis man in der Stadt ist und zu Fuß kann auch niemand eben mal so schnell zur Dienststelle kom-



Auf der Zufahrt zum BABZ

Sie wollen, dass es hier bald wieder weitergeht: Joachim Pinger und Frank Hitzelberger.

men. Der direkte Kontakt besteht so nicht, obwohl bei der Kreisverwaltung Ahrweiler tagsüber ein Büro mit Beamten der PI besetzt ist. Daher gibt es auch den Wunsch vieler, dass die Dienststelle schnell wieder instand gesetzt wird und ein bisschen Normalität einziehen kann. Das Gebäude wird vom Landesbetrieb für Liegenschaft und Baubetreuung an die Polizei vermietet, laut Joachim Pinger ist man in gutem Kontakt und am Vorankommen interessiert. Klar ist aber auch, dass im Ahrtal überall sowohl Material gebraucht wird als auch Fachleute, die die Maßnahmen umsetzen, sodass man nur hoffen kann, dass sich bald etwas tut auf der Baustelle PI Bad Neuenahr-Ahrweiler. ■



Studie INSIDER: Interview mit Prof. Dr. Endreß

DP: Sehr geehrter Herr Endreß, am 17. Januar ging die Befragung zur Studie los, wie sind Sie auf die Studie zur Polizei Rheinland-Pfalz aufmerksam geworden?

Prof. Dr. Endreß: Aufmerksam wurde ich selbst wie auch die mit mir nun das Forschungskonsortium bildenden Kollegen durch die vom Innenministerium auf den Weg gebrachte und von der Hochschule der Polizei durchgeführte und koordinierte Ausschreibung für eine Polizeistudie für das Land Rheinland-Pfalz im November 2020. Ziel der Ausschreibung war es, einen interdisziplinären Projektverbund einzurichten, der die Thematik Demokratie und Werte in der Polizei in Rheinland-Pfalz möglichst breit untersucht. Die Ausschreibung zielte auf einen interdisziplinären sozialwissenschaftlichen, ggf. auch rechtswissenschaftlich ergänzten Ansatz, der die Erwartungen gesellschaftlicher Gruppen an die Polizei Rheinland-Pfalz, den Blick der Polizei auf die Gesellschaft sowie die Interaktion zwischen Polizei und Gesellschaft beleuchten soll.

DP: In der Studie sind nun drei Wissenschaftsbereiche miteinander verzahnt, wie gefällt Ihnen dieses Vorgehen? Worin sehen Sie die Vorteile und worin ggf. vielleicht aber auch die Nachteile?

Prof. Dr. Endreß: In der Tat: Die Studie vereint nunmehr eine psychologische Perspektive auf Arbeits- und Teamprozesse, für die Professor Antoni (Universität Trier) ver-



Foto: privat

Prof. Dr. Martin Endreß von der Universität Trier ist Sprecher und Koordinator der Studie INSIDER.

antwortlich zeichnet, eine politikwissenschaftliche Perspektive, die von Professor Arzheimer (Universität Mainz) eingebracht wird, und eine soziologische Forschungsperspektive, die ich selbst einbringe. Diese Konstellation ist das Ergebnis des zweistufigen Auswahlprozesses für diese Studie. Als Forschungskonsortium haben wir unser gemeinsames Forschungspaket dann in den Monaten ab Februar 2021 gemeinsam entwickelt und unter dem Titel „Innere Sicherheit und demokratische Resilienz“, kurz: INSIDER, auf den Punkt gebracht.

Interdisziplinäres Arbeiten ist für uns einerseits Routine, andererseits aber auch

stets ebenso herausforderungsreich wie reizvoll. Vor allem aber scheint uns dieser interdisziplinäre Zugriff insbesondere dem Untersuchungsgegenstand angemessen. Es ist eine sehr umfangreiche, von der Ausschreibung her erwünschte Forschungsagenda, die einen sowohl interdisziplinären wie methodisch vielfältigen Zugang erfordert. Denn die Studie hat den Blick in die Polizei hinein, also unter anderem die Formen des Miteinanderarbeitens, den Umgang mit anspruchsvollen Lagen und Personalkonstellationen, organisatorische Dynamiken, Einstellungsmuster und Urteilsformen, politische Präferenzen und Orientierungen in gesamtgesellschaftlichen Fragen ebenso zum Gegenstand wie den Blick auf Interaktionsprozesse zwischen Polizei und Gesellschaft bzw. gesellschaftlichen Gruppen. Hier geht es dann etwa um das konkrete Verhältnis von Polizei zu Bürgern wie Bürgerinnen, um Strukturen und Prozesse polizeilichen Arbeitens, um Handlungs- und Einstellungsfragen, um Fragen des Aufbaus einer Vertrauenskultur zwischen Gesellschaft und Polizei sowie schließlich um Ausbildungsaspekte.

Wenn ich das auf eine Formel bringen darf: Die Polizei ist kein Spiegel der Gesellschaft, aber in der Polizei spiegeln sich natürlich gesellschaftliche Strukturen und Prozesse. Und diesen gehen wir in der Studie interdisziplinär nach.

Insofern würde ich keinesfalls von Nachteilen, sondern stattdessen von besonderen Herausforderungen für die Durchführung



Foto: Hochschule der Polizei

Sabrina Kunz und Prof. Dr. Martin Endreß im Austausch

dieser Studie sprechen. Und diese betreffen u. a. die Zeit für interdisziplinäre Verständigungen, die Verflechtung der verschiedenen Methodiken sowie die Integration der jeweiligen Ergebnisse der drei Teilstudien, die sich ihren unterschiedlichen disziplinären Perspektiven verdanken.

DP: Haben Sie schon einmal eine ähnliche Studie durchgeführt?

Prof. Dr. Endreß: Aktuell leite ich im Rahmen einer von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Forschungsgruppe zum Thema „Resilienz“ unter anderem zwei Projekte zu Sicherheitsthematiken. Hier geht es um den gesellschaftlichen, medialen und institutionellen Umgang mit terroristischen Herausforderungen in Deutschland. Auch in diesen Forschungen stehen also Fragen nach den Wertungen, Einstellungen, Deutungen und Handlungsformen sicherheitspolitischer Akteure im Zentrum des Interesses. Ihre Frage wird darüber hinaus aber wohl am besten durch einen Blick auf den Auswahlprozess für diese Studie beantwortet:

Wir drei Wissenschaftler bringen mit unseren Teams thematisch und methodisch ebenso spezifische wie einschlägige Kompetenzen ein, die für den vorgesehenen empirischen Zuschnitt der Studie jeweils von außerordentlicher Bedeutung sind: Dazu gehören vornehmlich die Forschungsschwerpunkte zu Arbeits-, Team- und Führungsprozessen des Kollegen Antoni, die Forschungen zu Radikalisierungstendenzen und die Extremismusanalysen des Kollegen Arzheimer sowie von mir selbst die Forschungsarbeiten zum Thema Vertrauen, zu Prozessen von Resilienz, zur Politischen Soziologie und eben auch zur Sicherheitsforschung.

DP: Es gibt nicht viel Forschungsmaterial über die Polizei – teilen Sie diese Einschätzung und wie erklären Sie sich das?

Prof. Dr. Endreß: Diese Frage überrascht mich ein wenig. Denn einerseits gibt es aus meiner Sicht vielfältige Forschung über die Polizei aus der Binnenperspektive, wie sie unter dem Titel „Polizeiwissenschaft“ ge-

rade an den Akademien und Hochschulen der Polizei betrieben wird. Andererseits kennen wir ein inzwischen breites Feld von Forschungsarbeiten über die Polizei – insbesondere aus dem Bereich der Sozialwissenschaften und der Soziologie im Besonderen –, die von unabhängigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern an den Universitäten vorgelegt wurden und werden.

Darüber hinaus – das gilt gerade auch aus der Sicht der von mir favorisierten qualitativen Forschungsperspektive in der Soziologie – stellt die Polizei bzw. stellen die Polizeien ja fortlaufend selbst empirisches Forschungsmaterial bereit: Das gilt unter anderem für alle Formen der polizeilichen Selbstdarstellung auf Internetseiten, in Broschüren etc., aber eben gerade auch in der täglichen Polizeiarbeit wie auch im Rahmen von besonderen Einsätzen. Und der Umfang dieser von und durch die polizeiliche Arbeit fortwährend selbst erzeugten Forschungsmaterialien ist im Zuge der umgreifenden Digitalisierung des Alltagslebens in geradezu exzessiver Weise gestiegen: Denken Sie nur an die Vielzahl von Augenzeugenvideos nicht nur im Zuge von Demonstrationen.

Insofern gibt es sowohl eine erhebliche Anzahl von Arbeiten zur und über die Polizei, wie es zugleich umfängliches empirisches Material von und über polizeiliche Arbeit gibt. Schwieriger ist es für über die Polizei Forschende hingegen, und darauf zielte Ihre Frage womöglich, uneingeschränkter Zugang zu Daten und Unterlagen der Polizei selbst zu er-



INSIDER
INNERE SICHERHEIT &
DEMOKRATISCHE RESILIENZ

halten, die Möglichkeit, über interne Prozesse und Strukturen sowie damit ggf. zusammenhängende Probleme etc. zu forschen.

DP: Worin bestehen Ihre Erwartungen in die Studie/worauf freuen Sie sich am meisten und worin sehen Sie die größten Herausforderungen?

Prof. Dr. Endreß: Nun, zu den Herausforderungen gehört neben der interdisziplinären Zusammenarbeit sicherlich der – wie wir Sozialwissenschaftler und Sozialwissenschaftlerinnen sagen – soeben schon angesprochene Zugang zum Feld, d. h. also die Frage, in welchem Ausmaß und Umfang uns und unseren Teams der Einblick in die Polizei ermöglicht wird. Und mir ist klar, dass das nicht nur eine Frage an die Polizei selbst, sondern nicht zuletzt auch an die Politik ist. Meine Vorfreude bezieht sich auf die interdisziplinäre Zusammenarbeit, die Zusammenarbeit mit der Forschungsstelle der Hochschule der Polizei und generell auf die Studie selbst, denn als Soziologe oder Soziologin ist man sozusagen „gierig“ auf ein solches Feld. Und meine (wie auch unsere) Erwartungen schließlich betreffen vor allem die Unterstützung, die wir für diese Studie vonseiten der Politik und den Gewerkschaften sowie den Polizeibeamtinnen und -beamten erhalten.

DP: Vielen Dank und gute Erkenntnisse durch die Studie. ■

» Sabrina Kunz

Wir sind froh, dass es mit der Belastungsstudie INSIDER in die konkrete Umsetzung gegangen ist und zum Erscheinen dieser Ausgabe die erste Befragung auch schon gelaufen ist. Ich hoffe, dass möglichst viele Kolleg:innen die Möglichkeiten der Befragungen nutzen. Denn jede Befragung – gerade zu den aktuellen Belastungen – gibt jedem eine individuelle – aber dennoch anonyme – Stimme. Enttäuscht sind wir darüber, dass keine Forschungsmittel zur Verfügung gestellt wurden, um die Sichtweise der Bürger:innen zu erheben und zu bewerten. Aus diesem Grund werden wir im Rahmen der aktuellen Haushaltsberatungen und auch in den Beratungen für den Haushalt 2023/2024 diese Forderung aufmachen. Wir wollen wissen, wie uns die rheinland-pfälzische Bevölkerung sieht, und nicht, wie uns die Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik oder gar der in der EU bewertet.



Verena Schäfer

GESUNDHEIT

Betriebsmedizin – was steckt eigentlich dahinter?

Unser Dienstherr ist gesetzlich verpflichtet, sich um die Gesundheit seiner Mitarbeitenden während deren Dienst zu kümmern. Hierfür kann er sich entweder Leistungen von externen Betriebsärzt:innen einkaufen oder er stellt eigenes Personal ein.

Seit wenigen Jahren haben wir uns innerhalb der Polizei für die zweite Variante entschieden. Das ist auch gut so, denn wer zur Polizeifamilie gehört, fühlt sich ihr meist intensiv verbunden, kennt die Organisation und gibt ihr/sein Bestes, um für unser aller Wohlergehen zu sorgen.

Betriebsmediziner:innen haben ein Team von medizinischen Fachangestellten (MFA) und beraten den Arbeitgeber, wie die Arbeit sicherer werden kann, es zu weniger Dienstunfällen kommt, wo die Gesundheit mehr gefördert und wie die Arbeitsgestaltung menschengerechter werden könnte. Dies ist so wichtig, da unser Dienstherr die Pflicht hat, allen Vorschriften, die dem Arbeitsschutz bzw. der Unfallverhütung dienen, nachzukommen. So sollen alle Mitarbeitenden dabei unterstützt werden, in ihrem individuellen beruflichen Umfeld gesund zu bleiben oder es wieder zu werden.

Vorsorgeuntersuchungen

Um dieses mehrheitlich präventive Ziel zu erreichen, bietet die Betriebsmedizin verschiedene Vorsorgeuntersuchungen an. Auch eine Impfberatung kann erfolgen. Bei den Coronaimpfungen haben viele von euch bereits Bekanntschaft mit den Kolleg:innen gemacht.

Unser Dienstherr muss allen Beschäftigten ermöglichen, sich je nach vorherrschenden Gefahren bei der Arbeit regelmäßig während der Dienstzeit arbeitsmedizinisch

untersuchen zu lassen. Dabei unterliegt das medizinische Personal uneingeschränkt der Schweigepflicht und ist in medizinischer Hinsicht weisungsfrei. Es ist nicht Aufgabe der Betriebsmedizin, Krankmeldungen auf deren Berechtigung hin zu prüfen.

Bei den Untersuchungen wird unterschieden in Pflicht-, Angebots- und Wunschvorsorge.

Bei den **Pflichtvorsorgen** muss ein Unbedenklichkeitsergebnis vorliegen, um die Arbeit aufnehmen bzw. weiterführen zu dürfen (bspw. Polizeitaucher:innen oder Schießtrainer:innen, Höheninterventionsteam SEK).

Für manche Tätigkeiten muss der Arbeitgeber den Beschäftigten ein schriftliches Angebot unterbreiten, das freiwillig angenommen werden kann, ohne dass es Auswirkungen auf die Arbeit selbst hätte, sog. **Angebotsvorsorge** (bspw. Hepatitis- oder Gripeschutzimpfung oder die Untersuchung von Büroarbeitsplätzen wegen bspw. Rücken, oder Nackenschmerzen).

Auch muss den Beschäftigten ermöglicht werden, sich auf eigenen Wunsch auf arbeitsbedingte physische/psychische Belastungen untersuchen zu lassen (**Wunschvorsorge**).

Wann muss die Betriebsmedizin eingebunden werden?

Bspw. bei der Gestaltung neuer Arbeitsplätze oder – Abläufe, der grundlegenden

Umgestaltung von Arbeits-, Pausen und Schichtsystemen oder bei der Auswahl persönlicher Schutzausrüstungen.

Fazit

Wir haben theoretisch tolle Möglichkeiten, besser auf unsere Gesundheit zu achten. Doch noch immer ist die Betriebsmedizin mit ihren Angeboten zu wenig bekannt. Und schlimmer noch, die Polizei hat bislang viel zu wenig Personal einstellen dürfen, um all diesen Aufgaben umfänglich nachkommen zu können.

Wenn ihr Interesse an einer Untersuchung oder Beratung habt, findet ihr hier Ansprechpartner:innen:

Trier: Dr. Günter Sdorra (0651) 9779-2603

Mainz: Dr. Stefan Brill (06131) 65-5920, künftig Frau Hunsinger

Enkenbach-Alsenborn: Sandra Rutz (06303) 801-356

Wittlich-Wengerohr: Silvia Aust (06571) 104-330

Verena Schäfer



Foto: Pixabay



Gewerkschaft der Polizei

Leidenschaft für mehr!

AUS DEM HPRP

Beschaffung neuer Hubschrauber

Handlungsorientierung Corona Nr. 17

Aufgrund des vermehrten Aufkommens der hochansteckenden Omikron-Variante wurde die Orientierung des MdI angepasst. Das grundsätzliche Tragen der FFP2-Maske ist hier geregelt, für das es Ausnahmen gibt für die notwendigen Tragepausen, besondere Risiken grundsätzlicher Art zum Beispiel bei den Schieß- und Einsatztrainings sowie bei besonderen situativen Umständen, die sich bei Fahren der Dienstfahrzeuge ergeben können. Weiter planen die Behörden vor, um mit möglichen Ausfällen umzugehen.

Polizeistudie Projekt MEGAVO

Die Deutsche Hochschule der Polizei wurde durch den damaligen Bundesinnenminister beauftragt, eine Studie durchzuführen, die sich mit Faktoren und Motivation für die Berufswahl Polizist:in befasst sowie wie sich der Arbeitsalltag darstellt und zuletzt Gewalterfahrungen von Polizist:innen. Die Befragung wird im Frühjahr 2022 durchgeführt, nach der rein rheinland-pfälzischen Studie INSIDER.

Auswertung Supervisions- gruppen im Bereich NCMEC

Das Supervisionsangebot für die Sachbearbeiter:innen der sogenannten NCMEC-Verfahren ist neu in der Polizei Rheinland-

Pfalz und soll aus diesem Grund durch die Zentralstelle für Gesundheitsmanagement beim PP ELT untersucht werden. Bei Bedarf können dann Anpassungen vorgenommen werden.

Wechselverfahren

Mitte 50 präsidialweit eingestellte Kolleg:innen können im Verfahren Mai in ihr Heimatpräsidium bzw. Wunschpräsidium wechseln.

Ersatzbeschaffung Polizeihubschrauber

Für die beiden Hubschrauber der Hubschrauberstaffel des Typs EC 135 werden aufgrund des Alters und der Flugstunden Neubeschaffungen erforderlich, hier wurden umfangreich die Kriterien durch Fachleute in einer Arbeitsgruppe erörtert.

Ersatzbeschaffung Polizeieinsatzleuchte

Nach Beteiligung von Anwender:innen wird die nächste Generation einer Leuchte beschafft. Zum Ende des Jahres 2022 wird mit ersten Auslieferungen gerechnet.

Fortbildungsprogramm des BKA

Dem Fortbildungsprogramm des BKA wird zugestimmt, der HPR ist sich einig, dass es

mehr sein könnten und reicht hierzu einen Initiativantrag ein.

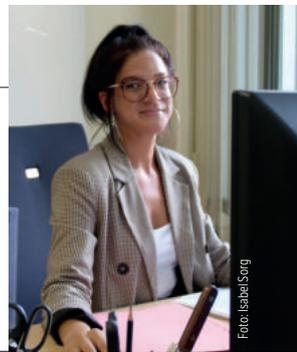
Kompetenzteam „EU-Vorschriftenwesen sowie Sicherung und Auswertung digitaler Daten im gewerblichen Personen- und Güterverkehr“

Die zunehmenden europäischen und nationalen Vorschriften des gewerblichen Güter- und Personenverkehrs machen eine zentrale Betreuung notwendig. Hierzu wird ein Team bestehend aus je einem Vertreter pro Präsidium geschaffen und einem Leiter gebildet.

Einführung eines SharePoints „Einsatzkalender Verkehr“

Zur besseren Übersichtlichkeit und Planbarkeit wird ein sharepointbasierter Einsatzkalender eingeführt.

Sabrina Kunz (06131) 16-3365
René Klemmer (06131) 16-3378
Steffi Loth (06131) 16-3379
Sven Hummel (06131) 16-3380
Ingo Schütte (06131) 16-3233 o./65-3030
Gabriele Schramm (06131) 16-3381 ■



TARIFBERUFE

Kein Tag wie der andere

DP: Liebe Eva. Vielen Dank, dass du uns für dieses Interview zur Verfügung stehst in der Reihe Tarifberufe. Was sind deine Aufgaben als „Mitarbeiterin Geschäftszimmer-Erfassung“/„Teamleitern bei den Zentralen Diensten der Zentralen Bußgeldstelle“?

Eva: Als Mitarbeiterin des Geschäftszimmers „Erfassung“ prüfe ich alle Ordnungswidrigkeitsanzeigen, die von den Polizeiinspektionen oder Privatpersonen eingehen, auf Vollständigkeit und Zuständigkeit und bereite diese dann für die Kolleginnen und Kollegen zur Erfassung vor. Außerdem bin ich Ansprechpartnerin bei allen Fragen und Unklarheiten, die in Verbindung mit der Erfassung auftauchen.

Als Teamleiterin des Teams 2 der Zentralen Dienste bin ich vor allem dafür zuständig, dass der Arbeitsalltag für mich und mein Team reibungslos abläuft. Dazu gehören u. a. das Erstellen von Dienstplänen unter Berücksichtigung der Urlaubsplanung und der verschiedensten Arbeitszeiten. Ich kümmere mich um Personelles und Organisatorisches sowie regelmäßige Bestellungen von Arbeitsmaterial und stehe in ständigem Austausch mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die Gespräche und auch das Erarbeiten von Verbesserungsvorschlägen gemeinsam mit dem Team sind mir hierbei sehr wichtig.

DP: Beschreibe bitte deine Tätigkeit in drei Worten.

Eva: Immer wieder neu.

DP: Welche Eigenschaften/Fähigkeiten sollte man unbedingt mitbringen?

Eva: Konzentrationsfähigkeit, Kommunikationsfähigkeit, Teamfähigkeit und Organisationsfähigkeit.

DP: Warum bist du zur Polizei gegangen?

Eva: Der öffentliche Dienst und insbesondere auch die Polizei ist ein Arbeitgeber, der nicht nur arbeitnehmerfreundlich ist, sondern auch viele Möglichkeiten des Aufstieges oder der Weiterbildung bietet. Aufgrund der Gleitzeit besteht für uns eine gewisse Flexibilität und auch die Arbeit mit den unterschiedlichen Kolleg:innen ist abwechslungsreich. Eigentlich ist kein Tag wie der andere.

Aylin May

SCHWABENLAND & PSW REISEN

Partner der Gewerkschaft der Polizei in Baden-Württemberg, Saarland und Rheinland-Pfalz

Stuttgart-Fellbach
Eberhardstr. 30
70736 Fellbach
Tel.: 0711 / 40269900
info@pswreisen.de
www.pswreisen.de

Eberdingen-Hochdorf
Maybachstr. 2
71735 Eberdingen-Hochdorf
Tel.: 07042 / 8728312
karinburger@pswreisen.de
www.pswreisen.de

Saarbrücken
Kaiserstrasse 258
66133 Saarbrücken
Tel.: 0681 / 93312057
info@pswreisen.de
www.pswreisen.de

Mainz
Nikolaus-Kopernikus-Str. 15
55129 Mainz
Tel.: 06703 / 305502
agruen@pswreisen.de
www.pswreisen.de

Zentrale
Terminal 3, Reisemarkt
70629 Stuttgart Flughafen
Tel.: 0711 / 40269900
info@schwabenlandreisen.de
www.schwabenlandreisen.de

PREIS IM DZ

1.498€

P.P. EZ-ZUSCHLAG 200€

Wir besuchen die Perle an der Adria, wie man Montenegro (auf montenegrinisch: Crna Gora) auch gerne bezeichnet. Das Land ist insbesondere aufgrund seiner unglaublich vielseitigen Landschaften mit Stränden, Buchten, Bergen, Wäldern und Gebirgsseen äußerst attraktiv. Das kleine Montenegro hat immerhin fast 200 km Küste. Besucher finden dort fjordartige Meeresarme wie die Bucht von Kotor (Boka Kotorska) aber auch Sandstrände und kristallklare, saubere Buchten. Äußerst bekannt ist der 13 km lange Sandstrand von Ulcinj (der längste Sandstrand der gesamten östlichen Adria), nahe der albanischen Grenze. Sveti Stefan, der ehemalige Fischerort und zugleich weltbekannte Hoteldestination u.a. besucht von Stars wie Sophia Loren, Claudia Schiffer und Sylvester Stallone, ist ein absolutes Highlight der Mittelmeerküste. Der Durmitor-Nationalpark gehört wegen seiner Schönheit und Einmaligkeit zum Weltkulturerbe der UNESCO und ist ideal für Wanderfreunde, die hier Gebirgsalmen und ein Klima und eine Luft wie in der Alpenregion vorfinden. In Biogradska Gora findet man einen der letzten drei Urwälder Europas und mit 78 km ist die

Tara-Schlucht die längste und tiefste (1.300 m) Schlucht Europas. Wir unternehmen eine Bootsfahrt auf dem Skutarisee, der zu 2/3 zu Montenegro und zu 1/3 zu Albanien gehört. Albanien, das Land der Adler, steckt voller unentdeckter Naturschätze und ist noch ein absoluter Balkan Geheimtipp ... noch!

Leistungsübersicht:

- Flug mit Lufthansa von Frankfurt (Zürich) nach Tivat.
- Transfer Flughafen Hotel, Hotel Flughafen
- 7 x HP-Übernachtung im ****Fagus by Aycon Budva
- Welcome Drink
- Moderner Reisebus bei den Ausflügen
- Ausflüge wie im Programm beschrieben
- Eintritte wie folgt: Kotor Tax, Budva Tax, Nationalpark Skutarisee, Kloster Moraca, Nationalpark Dumitor, Nationalpark Lovcen, Kloster Ostrog, Mausoleum Petar II
- Bootsfahrt Perast-Mutter Gottes auf dem Felsen-Kotor
- Bootsfahrt auf dem Skutarisee
- Mittagessen Bootsfahrt Skutarisee
- Mittagessen Ausflug Tara Schlucht
- Örtliche Reiseleitungen bei allen Tagen außer Tag 4
- Reiseleitung PSW-Reisen & Schwabenlandreisen

Rufen Sie unsere fachkundigen Mitarbeiter*innen an **0711 40269900**

Buchtipps einer Seniorin: „Die letzten Männer des Westens“ und „Die Reise ins Reich“ von Tobis Ginsburg. Er tauchte undercover in die Szene der Reichsbürger und rechten Hetzer, Coronaleugner, brauner Esoteriker und Neonazis ein. „Seine Erzählungen über all seine Erfahrungen sind so erschütternd wie komisch niedergeschrieben, da bleibt einem wortwörtlich das Lachen im Halse stecken“.

Stammzellenspende für Cliff



Der zweifache Familienvater Cliff ist Kollege in Baden-Württemberg und Bruder einer Kollegin aus der Westpfalz. Er ist an Blutkrebs erkrankt und dringend auf eine Stammzellenspende angewiesen. Wenn ihr euch über die DKMS Stiftung Leben Spenden registrieren lasst, könnt ihr im Trefferfall ganz konkret helfen. Gerne könnt ihr auch



Cliff mit Nachwuchs

Geld spenden, damit die Registrierungen erfasst und bearbeitet werden können. Jede Registrierung spendet Hoffnung. Über den QR-Code findet ihr zur Homepage. ■

Aus dem IT-Bereich ans Sozialgericht

Wilfried Heske vom PP Westpfalz wird zum fünften Mal als ehrenamtlicher Richter ans Landessozialgericht bestellt.



Foto: privat

Wilfried freut sich auf die 5. Runde, wir auch!

Spendenpatch

Leider sind auch viele Kollegen:innen Opfer der Flut geworden und benötigen Hilfe. Da es nicht unüblich ist, für größere Einsätze einen Patch zu gestalten, kam uns die Idee eines Spendenpatches. Dank der Unterstützung des Unternehmens „Café Viereck“ konnten wir kostengünstig einen Patch erstellen, welcher Euch an die Beteiligung der Hilfsaktion erinnern soll, aber auch den Opfern hilft. Den Patch könnt ihr für 10 € erwerben. Der Erlös aus dem Verkauf geht zu 100 % an Organisationen, welche gezielt betroffene Kolleg:innen unterstützen.

Dominik Griebel, Alexander Filla, Christian Debus, Marc Rajn



Sterbefälle

Rudolf Arnold, KG Ww/Rhein-Lahn, 96 Jahre
 Harald Faltin, KG PP/PD Koblenz, 72 Jahre
 Mathilde Maas, KG PP/PD Mainz, 98 Jahre
 Werner Bäres, KG HdP, 81 Jahre
 Kurt Werle, KG Vorderpfalz, 90 Jahre
 Hans Ruffing, KG PD Pirmasens, 81 Jahre

Geburtstage

70 Jahre
 Jürgen Keller, KG LKA

75 Jahre
 Manfred Menningen, KG PP/PD Koblenz
 Gernot Michel, KG PD Pirmasens

80 Jahre
 Manfred Mächtel, KG PD Pirmasens
 Volker Busam, KG PD Worms
 Wolfgang Gronert, KG PP/PD Koblenz
 Hans-Georg Müller, KG PD Pirmasens
 Helmut Schmidt, KG PD Neustadt

85 Jahre
 Karl Mathias Thiesen, KG PP/PD Koblenz

DP – Deutsche Polizei
 Rheinland-Pfalz

Geschäftsstelle
 Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
 55129 Mainz
 Telefon (06131) 96009-0
 Telefax (06131) 96009-99
 www.gdp-rp.de
 gdp-rheinland-pfalz@gdp.de

Adress- und Mitgliederverwaltung:
 Zuständig sind die jeweiligen
 Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
 Stefanie Loth (v.i.S.d.P.)
 Gewerkschaft der Polizei
 Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
 55129 Mainz
 Telefon (06131) 96009-0
 Telefax (06131) 96009-99
 stefanie.loth@gdp.de